

Bericht des Staats-Ministeriums an Se. Majestät den König.

Als am 30. März des vorigen Jahres die Bundesversammlung den Beschluß gefaßt,

„die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämtlichen dem deutschen Staaten-Systeme angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege, Wahlen von National-Vertretern anzuordnen — um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen“, und am 7. April desselben Jahres diesen ihren Beschluß durch nähere Bestimmungen über den Wahlmodus vervollständigt hatte: haben Sw. Königl. Majestät durch die Verordnung vom 11. desselben Monats im Umfange des preussischen Staats die Wahlen von Abgeordneten zu der deutschen National-Versammlung angeordnet, welche auf Grund dieser Beschlüsse demnächst in Frankfurt zusammengetreten ist.

Diese Bundesbeschlüsse und die von der Regierung ausgeschriebenen Wahlen bilden demnach den gesetzlichen Boden, auf welchem die National-Versammlung bisher in ihrem rechtlichen Bestande geruht hat und wonach ihr Mandat und speciell das der preussischen Abgeordneten zu bemessen ist.

Die Regierung Sw. Königl. Majestät hat mit nicht minderem Vertrauen als das deutsche und preussische Volk den Ergebnissen der Beratungen dieser Versammlung entgegengeesehen. Sie hat es sich zur Pflicht gemacht, derselben auf alle Weise, sowohl durch die Publikation der in ihrer Competenz liegenden Beschlüsse, als durch die entgegenkommende Erklärung ihrer Ansichten und Bedenken in Bezug auf die Reichsverfassung, jede mögliche Unterstützung und Anerkennung zu Theil werden zu lassen.

Mit der zweiten Lesung des Verfassungs-Entwurfs und der an dieselbe geknüpften Wahl eines Reichs-Oberhauptes konnte das beabsichtigte Werk, nach Aufgabe jener Bundesbeschlüsse, noch nicht als abgeschlossen und vollendet angesehen werden. Es mußte vielmehr die Theilnahme der Regierungen der einzelnen Staaten vorbehalten bleiben, durch deren Mitwirkung allein die neue Gestaltung des deutschen Bundes ins Leben treten konnte, wenn das Verfassungswerk wirklich „zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande gebracht“ werden sollte. Der Entwurf der Verfassung, wie er aus den Beratungen der National-Versammlung hervorgegangen, lag den Regierungen vor, als Grundlage der Vereinbarung, welche durch eine von beiden Seiten in entgegenkommender Weise angestrebte Verständigung zu erzielen gewesen wäre. Die Regierung Sw. Königl. Majestät hielt zu dem Ende Abänderungen dieser Verfassung im wahren Interesse Preußens und Deutschlands für unerlässlich und war bereit, auf eine Verhandlung und Verständigung mit der National-Versammlung darüber einzugehen.

Die letztere aber, statt auf die Weise die vollständige Erfüllung ihrer Aufgabe zu sichern, hat es nicht für gut gefunden, diesen Weg einzuschlagen. Sie hat ausdrücklich erklärt, daß sie sich auf keine weitere Verhandlung über die von ihr beschlossene Verfassung einlassen werde.

Sie hat vielmehr durch eine Reihe rechtswidriger Beschlüsse die alleinige und endgültige Feststellung der Verfassung für sich selbst in Anspruch genommen, zu einer thatsächlichen, wo nicht gewaltsamen Durchführung derselben die Aufforderung erlassen und selbst dazu den Versuch gemacht, endlich in die Befugnisse der executiven Gewalt offen hinübergegriffen, und sich eine Machtvollkommenheit angemäht, durch welche sie sich selbst über alles Recht und Gesetz stellte, und damit den Boden des Rechtes und Gesetzes für sich aufgab.

Das unterthänigst unterzeichnete Staatsministerium kann daher nicht umhin, Sw. Königl. Majestät die Ueberzeugung auszusprechen, daß in der jetzigen Versammlung in Frankfurt nicht mehr die gesetzliche Vertretung der deutschen Nation in ihrer Gesamtheit zu erkennen sei, daß dieselbe vielmehr ihr Mandat selber vernichtet und ihr bisheriges Recht verleugnet und aufgehoben habe, und daß daher jede Hoffnung auf eine weitere Mitwirkung derselben zu gedeihlicher Entwicklung der deutschen Zustände aufzugeben sei. Es wird daher der Regierung Sw. Königl. Majestät auch nicht möglich sein, den weiteren Verhandlungen und Beschlüssen derselben irgend eine Art von Gültigkeit und Bedeutung noch ferner beizulegen.

Wenn die Regierung Sw. Königl. Majestät mit aufrichtigem Bedauern zu dieser Ueberzeugung hat gelangen müssen, so kann sie nur mit dem entschiedensten Ernste den schmahenden Vorwurf und den Act offener Feindseligkeit zurückweisen, welcher in dem, am 10. d. M. gefaßten Beschlusse liegt: „daß dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preussische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreiche Sachsen sich habe zu Schulden kommen lassen, durch alle zu Gebote stehende Mittel entgegenzutreten sei.“

Die in diesem Beschlusse liegende Verleugnung und Verletzung der Bundesgesetzlich feststehenden Rechte und Pflichten der Mitglieder des deutschen Bundes, und die offen darin sich kundgebende Feindseligkeit gegen Preußen zeigt auf unzweideutige Weise, welchen Einflüssen die Versammlung in ihrer jetzigen Majorität Preis gegeben ist.

Es kann keinem Zweifel unterworfen sein, daß unter diesen Umständen und nach diesen Vorgängen auch das Mandat der preussischen Abgeordneten zur Nationalversammlung als erloschen zu betrachten ist, und ihre Theilnahme an den weiteren Verhandlungen derselben nicht gerechtfertigt erscheinen kann.

Eine Anzahl von Mitgliedern aus Preußen hat dies schon durch ihren freiwilligen Austritt anerkannt. Eine große Anzahl Anderer warten nur auf die Erklärung der Regierung Sw. Majestät, um einen gleichen Schritt zu thun.

Damit daher über die Willensmeinung Sw. Königl. Majestät kein Zweifel bleibe und Niemandem ein Vorwand zur Irreleitung der Gemüther gelassen werde, so hält es das unterzeichnete Staatsministerium, in Erwägung, daß die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung nach Lage der Sachen und ihrerseits erfolgter Ablehnung jeder weiteren Verständigung und Vereinbarung als durch die Verathung der Verfassung erledigt angesehen werden muß, die Versammlung aber nicht mehr auf gesetzlichem Boden steht und überdies sich in offene Feindseligkeit gegen Preußen gesetzt hat,

für seine Pflicht, bei Sw. Königl. Majestät allerunterthänigst zu beantragen, daß Allerhöchstdieselben ausdrücklich erklären wollen, wie das auf die Bundes-Beschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. und die Verordnung vom 11. des letzteren Monats gegründete Man-

bat der preussischen Abgeordneten nunmehr erloschen und die Abgeordneten daher zum Austritt aus der Versammlung zu veranlassen seien. Wir glauben, daß das preussische Volk in seiner großen Mehrzahl und seinem gesunden Kern mit uns die Ueberzeugung theilt, daß der Weg, welchen die Nationalversammlung eingeschlagen hat, weder dem wahren Interesse Deutschlands, noch dem Willen der deutschen Nation entspreche, und daher auf eine Mitwirkung derselben zum Heile des sammtvaterländischen nicht länger zu hoffen sei, und es demgemäß auch die von uns beantragte Erklärung Sw. Königl. Majestät als den Ausdruck seiner eigenen Gesinnung begrüßen werde. Kein Preuße wird es mit der Vaterlandsliebe und der Nationallehre preussischer Staatsbürger für verträglich halten, sich an Beratungen zu betheiligen, welche zu Beschlüssen führen, die eine offene Feindschafts-Erklärung gegen den preussischen Staat enthalten.

Berlin, den 14. Mai 1849.

Das Staats-Ministerium.

gez. Graf von Brandenburg. v. Ledenberg. v. Manteuffel. v. Strottha. v. d. Heydt. v. Raabe. Simons.

An des Königs Majestät.

C. Berlin, 16. Mai. Vorgestern paradierte die Berliner Landwehr vor Sr. Majestät in Potsdam; ein Theil derselben ist nach den Rheinprovinzen, ein anderer nach Westphalen abmarschirt. Der König richtete bei der Revue einige Worte an die Landwehr und sprach die Hoffnung aus, daß gerade die Berliner Landwehr, wie sonst, so auch jetzt in einer schweren Zeit ihre Pflicht erfüllen und die anarchischen Aufstände in der Provinz, nach der sie abzögen, niederhalten würden. — Man faßt übrigens in den höchsten Kreisen die Verhältnisse sehr ernst auf. Die Berichte des Präsidenten v. Gismann und v. Möller schildern die Verhältnisse allerdings in einer Art, die vollkommen geeignet ist, große Besorgniß an höchster Stelle zu erregen und zur reiflichsten Erwägung aufzufordern, ehe man noch einen Schritt weiter geht.

— Ein hier schon seit zwei Jahren bestehender Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien der mobilgemachten Landwehr erfreut sich einer sehr lebhaften Theilnahme Seitens der hiesigen Bürgerschaft.

— In diesen Tagen verstarb hier einer unserer tüchtigsten musikalischen Notabilitäten, der Königl. Kapellmeister Nicolai am Schlagfluß im 38. Jahre. — Im Laufe dieses Sommers wird in Berlin wieder eine großartige Gewerbe-Ausstellung Statt finden.

Frankfurt, 14. Mai, Abends. Endlich hört man die vertraulichen Gerüchte, welche eine baldige Lösung des geschürzten Knoten erwarten lassen dürften. Der Reichsverweser, so hörte ich bestimmt und aus guter Quelle, werde morgen noch abdanken. In diesem Falle wolle die Rechte in Ernennung einer Regenschaft, bestehend aus v. Gagern, Raveaux und Schoder von Stuttgart willigen. Diese wird die Bewegung in der Pfalz in die Hand nehmen und die Rheinprovinzen reichsunmittelbar erklären und unter Sequestration stellen, bis Preußen sich angeschlossen hat. Stellen wir mit obigen Nachrichten die heutige Aeußerung Gagern's, daß der Erzherzog bald sein Amt niederlegen werde, und den Antrag Umbseidens, die Bewegung in die Hand zu nehmen, zusammen, so gewinnen sie augenscheinlich immer mehr Glauben. — Der Senat hat heute einen Anruf an die Bürgerschaft erlassen, sich ruhig zu verhalten.

Frankfurt, 12. Mai. Das Programm des abgetretenen Reichsministeriums Gagern, welches die Genehmigung des Erzherzogs-Reichsverwesers nicht erhielt, lautet folgendermaßen:

1) „Die Reichsversammlung hat den Weg, auf welchem die deutsche Reichsverfassung durchzuführen ist, durch ihre Beschlüsse vom 28. April und 4. Mai d. J. vorgezeichnet. Die Beschlüsse können nicht miteinander im Widerspruch stehen, sondern müssen sich als ergänzend verstanden und ausgeführt werden.

2) Die Bedeutung des Beschlusses vom 4. Mai unter 1, dahin gehend:

„Die Reichsversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen.“

ist von mehreren Mitgliedern der Reichsversammlung, namentlich dem interimistischen Reichsministerpräsidenten bei der Discussion des Antrags genügend präcisiert worden. Er ist im Zusammenhang mit den übrigen Theilen desselben Beschlusses unter II. bis VII. dahin zu verstehen, daß die Durchführung der Verfassung, mittelst des Ausschreibens der Wahlen und vermöge der Mittel, welche der Beschluß sub 2 b vom 28. April bezeichnet, geschehen soll; nämlich:

a) unbeschränkte Ausübung der durch die Grundrechte gewährten freien Presse, des Petitions-, des Versammlungs- und Associationsrechts;

b) die Benennung der constitutionellen Mittel, den Willen der Majorität zur Geltung zu bringen.

3) Die Anwendung von Zwang zur Einführung der Verfassung ist von der Reichsversammlung weder beabsichtigt noch gutgeheißen, wie schon aus dem Beschlusse unter IV. vom 4. Mai erhellt, indem danach der Fall vorgesehen ist, daß ein oder der andere Staat nicht gewählt haben und darum im Reichstage nicht vertreten sein würde.

4) Eben so wenig kann Seitens der provisorischen Centralgewalt nach der rechtlichen Stellung derselben, sowie nach den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die Ausübung eines Zwanges zur Durchführung